

**NIE WIEDER DEUTSCHE LEITKULTUR! #2
GEGEN VÖLKISCH-RASSISTISCHE DEUSCHTÜMELEI!**

Der Entwurf für ein sogenanntes „Integrationsgesetz“ der CSU hat mit Integration und Gesetz nichts zu tun. Es handelt sich vielmehr um völkisch-rassistische Deuschtümelei und ebnet den Weg für die Aushöhlung des Rechtsstaates.

Die CSU will etwas durch den Landtag peitschen, das uns alle auf eine nicht definierte deutsche Leitkultur verpflichten soll – juristisch nicht greifbar und damit kein Gesetz einer bürgerlichen Demokratie. Aber was ist es dann?

Wir alle, egal ob geflüchtet oder nicht, sollen zur Loyalität gegenüber Volk und Vaterland und auf eine nicht definierte deutsche Leitkultur verpflichtet werden. Künftig soll die Abstammung eines Eltern- oder Großelternteil darüber entscheiden, wer als „besonders integrationsbedürftig“ gilt – Halb- und Viertelwanderer sind geschaffen (Art. 2). Wer einen eigenen Kopf hat, der braucht nicht einmal eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begangen zu haben, um staatlichen Zwangsmaßnahmen unterworfen zu werden: Wer durch „demonstrative Regelverstöße“ auffällt und somit die deutsche Leitkultur nicht achtet, dem wird sie zwangsweise beigebracht, der „kann durch die Sicherheitsbehörden verpflichtet werden, sich einem Grundkurs über die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu unterziehen.“ (Art. 13 und 14). Wer seinen Unmut über die „verfassungsmäßige Ordnung“ äußert (Art 14), dem können bis zu 50.000€ Bußgeld aufgebremst werden. Und das ohne Nachweis einer Straftat, ohne Gerichtsbeschluss!

Kinder in Asylunterkünften wir der Schulbesuch verweigert (Art. 17a, Art. 35). Das ist auch ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention, in der das Recht auf Bildung für alle Kinder unabhängig ihrer Herkunft festgeschrieben ist. In Schwimmbädern, Bibliotheken und anderen öffentlichen Einrichtungen können Beschäftigte dazu gezwungen werden, alle „ausländisch Aussehenden“ auf ihren Aufenthaltsstatus zu kontrollieren und ggf. zu belehren und ihnen den Zugang zu verweigern (Art. 17a, Art. 15). Wer heute noch Asyl bekommt und nicht schon vorher wieder abgeschoben wurde, weil er aus einem der willkürlich zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärten Ländern fliehen musste, dem kann zwangsweise der Wohnort zugewiesen werden. In dessen Unterkunft kann die Polizei ohne Durchsuchungsbefehl oder bisher geltende juristische Grundlagen jederzeit eindringen, seine Personalien aufnehmen etc. (Art 18). All das zielt nicht nur auf Bayern ab: Nach der Seehofer-Devise „Lernen vom Besseren, heißt lernen von Bayern.“ wird in Berlin bereits an einem bundesweiten „Integrationsgesetz“ gearbeitet.

Der Vorstoß dazu kommt aus einem Bundesland, dessen Regierende sich jeher als „die Ordnungszelle des Reiches“ betrachten. Aus Münchner Wirtshäusern heraus konnte die NSDAP groß werden, aus Bayern kam ein Großteil der prominentesten Faschisten. Dass es rechts neben der CSU keine demokratische legitimierte Partei geben dürfe, scheint auch heute noch zu gelten. Nicht, dass in der „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes“ jeder ein Faschist wäre, aber die „nationalen Kräfte“ und „Hilfstruppen“ (Strauß) sollen sich gefälligst in der CSU organisieren. Heute geben bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zwischen 57% und 72% der AfD-Wähler an, sie hätten CSU gewählt, wenn sie in diesen Bundesländern angetreten wäre. „Wir wollen nicht zum Sozialamt für die ganze Welt werden.“, damit stößt Seehofer in das gleiche Horn wie AfD und NPD. Und die „Hilfstruppen“ machen ihre Sache gut: In den vergangenen Monaten haben sie ihre rassistische Scheiße in das Land gekippt, fast jeden Tag brennt eine Flüchtlingsunterkunft, Flüchtende werden angegriffen – die Liste ist lang.

Diese Stimmung ist die richtige Grundlage für einen „Gesetzesentwurf“ á la Volksgemeinschaft und Herrenmenschentum. Aber warum geschieht das alles? Welche Gefahr birgt eine solche Willkür, ein solches Herrenmenschentum? Nach friedlichen Zeiten klingt das nicht. Das vom Verteidigungsministerium vorgelegte „Weißbuch 2016 zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ beinhaltet folgende Schwerpunkte: Den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, eine Ausweitung der Auslandseinsätze auch unabhängig von bisherigen Militärbündnissen und die Stärkung des Bundessicherheitsrat. Dieser unterliegt keiner parlamentarischer Kontrolle und hat derzeit neun feste Mitglieder (u.a. die Bundeskanzlerin Merkel, die Minister der Verteidigung, Finanzen, Wirtschaft und Justiz). Und auch der Generalinspekteur der Bundeswehr ist mit dabei. Die Militarisation der Gesellschaft ist weit vorangeschritten: Kindergarten, Schule, Uni, Betrieb, freiwillige Feuerwehr, Arbeitsagentur ... überall ist die Bundeswehr zu finden. Wir alle sollen in ein System der Willkür „integriert“ werden und uns nicht organisieren und widersetzen. Wer ohne große gesetzliche Hindernisse und ggf. auch im Alleingang Kriegseinsätze, die der deutschen Wirtschaft und Industrie dienen, plant, der muss für Ruhe an der Heimatfront sorgen. Dessen Interessen leben von der deutschen Volksgemeinschaft und der Schaffung ihrer Feindbilder. **Aber nicht mit uns!**

**Wir wehren uns gegen völkisch-rassistische Deuschtümelei und gegen den Entwurf eines sogenannten „Integrationsgesetzes“, der genau das beinhaltet und gegen Regierungen, die genau das vorantreiben!
Faschisten und Rassisten gehören in den Knast!
Schluss mit staatlichem Rassismus und Staatswillkür!
Uneingeschränktes Asylrecht für alle Flüchtenden statt Kriegsrecht!**

Gruppe „Asylrecht statt Kriegsrecht“ Hof, Freie Deutsche Jugend, Grüne Jugend München, Kämpfende Jugend Ingolstadt, SDS München, SJD-Die Falken Bayern, Linksjugend[‘solid] Nürnberg, Rebell München, ver.di-Jugend München und Oberpfalz

